Ä3 EU Außenpolitik - Eine Union für den Frieden (NEU)

Antragsteller*in: Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu A2NEU

Von Zeile 187 bis 212:

Die europäischen Werte strahlen um so kräftiger, je stärker die Werte, die die

Union ausmachen sollten, auch eingehalten werden. Die Interventions- und Regime-Change-Politik der letzten zwei Jahrzehnte im Nahen Osten und anderswo widersprechen diesem Wertefundament und haben millionenfaches Leid verursacht sowie neue, gefährliche Konflikte geschaffen.

Wenn wir unserer Verantwortung für eine friedliche europäische Außenpolitik gerecht werden wollen, müssen wir uns kritisch fragen, ob unsere demokratischen Werte zur Durchsetzung geopolitischer Interessen missbraucht worden sind. Ein Regime-Change mit repressiven, nicht-militärischen Mitteln ist immer noch ein Regime-Change – er dient den gleichen Interessen, und missachtet in gleicher Weise die Interessen der Zivilbevölkerung, die nicht nur im Krieg, sondern auch in einer durch Sanktionen zerrütteten Wirtschaft die größten Opfer zu bringen hat. Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit sind Grundpfeiler des demokratischen Europa und nur sie können Basis der Förderung demokratischer Entwicklungen anderswo auf der Welt sein.

~~Die europäischen Werte strahlen um so kräftiger, je stärker sie eingehalten werden. Zur Zeit gibt es leider Vieles, was diesem Wertefundament nicht entspricht. So unter anderem eine Flüchtlingspolitik, die auf Abschreckung, Verlegung von Außengrenzen in Drittstaaten und unlauteren Deals mit autoritären Regimen setzt. Diese Politik setzt nicht nur an der falschen Stelle an und bringt unendliches Leid mit sich, sie schadet auch der außenpolitischen Glaubwürdigkeit und damit einer der vermeintlichen Stärken der EU. Genauso kritisch sehen wir die Zusammenarbeit mit Staaten wie China oder Saudi-Arabien, die beide ihren beträchtlichen weltweiten Einfluss nutzen um die an universelle Menschenrechten gebundenen internationalen Standards zu unterlaufen. Rüstungsexporte in diese Staaten lehnen wir ab.~~

~~Es liegt im Interesse der EU und vor allem im Interesse von Geflüchteten und Migrant*innen, dass die Lebensperspektiven in unserer Nachbarschaft auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten besser werden. Die kurzfristig angelegte Kooperation zur 'Flüchtlingsbekämpfung' ist nicht nur politisch falsch, sie läuft auch dem langfristigen Ziel entgegen, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Statt autoritäre Regime zu 'ertüchtigen', sollte die EU ihren Einfluss nutzen um zum nachhaltigen Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen, demokratischer Partizipation und wirtschaftlicher Teilhabe in der Welt beizutragen.~~

~~Wir Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine starke EU-Außenpolitik. Eine, die auf die das geflügelte Wort der Wertegemeinschaft ernst nimmt und diese zum Maßstab der Beziehungen nach Außen macht.~~

Es liegt im Interesse der Bevölkerung vor Ort, von Geflüchteten und Migrant*innen, dass die Lebensperspektiven auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten besser werden. In diesem Sinne unterstützen wir politische Ansätze, die unmittelbar zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in diesen Ländern beitragen. Wir begrüßen jeden Schritt zum Frieden. Wir setzen uns für die Beilegung der bestehenden Konflikte auf dem Verhandlungsweg und die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen ein. Neuen Regime-Change Ambitionen in Nahost erteilen wir eine klare Absage.

Für uns ist im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit die Charta der Vereinten Nationen das höchste Gut im Völkerrecht. Wir respektieren die Souveränität anderer Staaten und den Willen anderer Volkssouveräne.

Wir wollen den Weg gehen, den Menschen wie Michail Gorbatschow oder Olof Palme für Europa aufzeigten: Den Weg der Völkerverständigung, der Kooperation, des Interessenausgleichs, der gemeinsamen Verantwortung – den Weg zum gemeinsamen Haus Europa.

Begründung

Wenn wir Werte glaubwürdig vertreten wollen, müssen wir auch benennen, wenn gegen diese Werte verstossen wird. Die Syrien-Verhandlungen in Genf waren jahrelang durch das Beharren auf einem Regime-Change blockiert. Dass ein solcher angestrebt wurde, ist aus mittlerweile freigegebenen Dokumenten eindeutig belegbar, z.B. <http://www.judicialwatch.org/wp-content/uploads/2015/05/Pg.-291-Pgs.-287-293-JW-v-DOD-and-State-14-812-DOD-Release-2015-04-10-final-version11.pdf>. Bolton hat letztes Jahr den Regime-Change im Iran ausgerufen, und das wird jetzt durchgezogen, vgl. den Iran-Report der Böll-Stiftung oder das Interview mit Bahman Nirumand im Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/politik/iran-experte-bahman-nirumand-es-wird-eine-kettenreaktion-geben/21262686.html>

Die Unterstützung bewaffneter Gruppen aus dem Ausland ist völkerrechtswidrig, ebenso z.B. die US-amerikanische, englische, französische und türkische Präsenz in Nordsyrien.

Auch der neue Antragstext enthält nicht die Worte "Völkerrecht" und "Regime-Change". Es gibt daher keinen Grund, an dem Änderungsantrag oder seiner Begründung etwas zu ändern.